

Beratungsunterlage

öffentlich	Gemeinderat	30.11.2021	Beratung und Beschlussfassung
------------	-------------	------------	-------------------------------

Überprüfung der Eignung von kommunalen Dächern und Liegenschaften zur Installation von PV-Anlagen

Ausgangslage

Am 18. November 2020 stellten die Freien Wähler den Antrag, das Flachdach des Feuerwehrgebäudes Markdorf auf seine Eignung zur Errichtung einer PV-Anlage zur Eigennutzung des erzeugten Stromes durch die Stadt zu überprüfen. Am 01. Dezember 2020 stellte die Umweltgruppe den Ergänzungsantrag, alle Gebäude im kommunalen Besitz auf ihr Potenzial zur Errichtung von PV-Anlagen zu untersuchen. Am 15. Dezember 2020 schlug die Verwaltung vor, beide Anträge zusammenzufassen. Der Gemeinderat beschloss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, im Jahr 2021 alle kommunalen Gebäude und die im Besitz der Eigenbetriebe befindlichen Gebäude auf Potentiale zur Installation von PV-Anlagen und die Eigennutzung bzw. Einspeisung des daraus generierten Stroms zu prüfen. Die Firma E-Planwerk aus Altshausen wurde auf Stundenlohnbasis mit der Untersuchung beauftragt.

Untersuchungsergebnisse

Die Untersuchungsergebnisse zu den einzelnen Gebäuden und Anlagen werden in der Sitzung des Gemeinderates am 30. November 2021 vom Ingenieurbüro E-Planwerk präsentiert.

Untersucht wurden zunächst fünfzehn städtische Gebäude. Bei neun der fünfzehn Gebäude trägt die Installation einer PV-Anlage nicht nur zum Ausbau der Erneuerbaren Energien bei,

sondern trägt sich auch wirtschaftlich. Diese Gebäude wären somit prioritär zu behandeln. Ist sowohl eine Bedarfsbelegung, als auch eine Vollbelegung wirtschaftlich realisierbar, wird die Umsetzung der Vollbelegung vorgeschlagen. Bei sechs der Gebäude muss derzeit aufgrund des Zustands des Daches, einer ausstehenden Gesamtkonzeption oder mangelnder wirtschaftlicher Amortisation von einer Investition abgeraten werden.

Im Bereich der Wasser- und Abwasseranlagen wurden zunächst die Anlagen mit einem jährlichen Verbrauch von über 10.000 kWh/Jahr untersucht. Weitere Anlagen, bei denen die Errichtung einer PV-Anlage in Betracht kommen könnte, werden im kommenden Jahr überprüft.

Kosten

Aufgrund der personellen und finanziellen Ressourcen ist eine schrittweise Errichtung der PV-Anlagen geplant. Die Verwaltung schlägt hierfür ein jährliches Budget von bis zu 100.000 € im Bereich der städtischen Gebäude vor. Im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung werden Projekte mit einem Gesamtbudget zwischen 50.000 bis 100.000 € zur Umsetzung vorgeschlagen.

Die Verwaltung sieht für 2022 die Ausschreibung und Errichtung der PV-Anlagen auf dem Gebäude der Feuerwehr Markdorf und dem Kindergarten St. Elisabeth vor. Außerdem wird vorgeschlagen, im Bereich der Wasserversorgung das Pumpwerk Riedwiesen und im Bereich der Wasserentsorgung das Regenüberlaufbecken Lipbach mit PV-Anlagen auszustatten. Bei den beiden letztgenannten Projekten sind die Planungen zu konkretisieren.

Die Kosten sollen im jeweiligen Haushalt eingestellt werden. In 2021 werden die Kosten der PV-Anlage des Kindergartens St. Elisabeth in das Budget der Baumaßnahme einfließen. Die PV-Anlage des Feuerwehrhauses wird über die Haushaltsstelle der Klimaschutzmaßnahmen abgerechnet. Für die PV-Anlagen des Pumpwerkes Riedwiesen und des Regenüberlaufbeckens Lipbach muss eine Umschichtung aus den Bauprojekten in den Bereichen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung vorgenommen werden.

Nicht in der Untersuchung berücksichtigte Gebäude

Die Jakob-Gretser-Grundschule und das Rathaus Markdorf wurden im Jahr 2021 innerhalb von Einzelprojekten bezüglich ihrer Eignung zur Errichtung von PV-Anlagen untersucht. Ebenso sollen die Untersuchungen der Stadthalle Markdorf, der Grundschule Leimbach, des Bauhofs und des Gasthofs Adler im Rahmen der zukünftigen Gesamtkonzeptionen stattfinden.

Für die Gebäude Altes Kloster, Waldseer Hof, Altes Schulhaus mit Kindergarten und Musikschule, Tourismus-Information, Baurechtsamt und Alte Kaplanei (Schlossweg 14) muss vor einer Untersuchung noch die Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege abgeschlossen werden.

Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung alle wirtschaftlich realisierbaren PV-Anlagen auf den städtischen Gebäuden und im Bereich der Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung umzusetzen. Hierfür werden in den folgenden Haushalten jährliche Mittel von 100.000 € für PV-Anlagen auf den städtischen Gebäuden und jeweils bis zu 100.000 € in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung vorgesehen.

Anlagen

2021-11-09 PV städtische Dächer Machbarkeitsstudie

2021-11-15 PV Pumpwerke Machbarkeitsstudie